

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Diens-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 50 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzeln-Nummern 10 Pf.

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreizeh-
spaltene Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 77.

Dienstag, den 2. Juli

1895.

Auf Folium 12 des Handelsregisters für den hiesigen Gerichtsbezirk, die Firma **S. Thomas & Sohn Nachf.** in Wilsdruff betr., ist heute das Erschehen dieser Firma
verlautbart worden.

Königliches Amtsgericht Wilsdruff, den 27. Juni 1895.

Dr. Gangloff.

Aus Deutschlands großer Zeit. Erinnerungen zum 25jährigen Jubiläum des Krieges 1870/71. Von Eugen Kaden.

(Nachdruck verboten)

1. Frankreich im Juli 1870.

Mit einer Geschicklichkeit, die auch heute noch anerkannt werden muß, hatte sich der Neffe Napoleon I., der Mann, der sich zweimal in Frankreich tödlich lächerlich gemacht, der skrupellose Eubredner und Staatsstreicher des 2. Dezember 1851, als Napoleon III. auf dem französischen Kaiserthron nicht nur behauptet, sondern auch allmählich sich eine dominierende Stellung in Europa geschaffen. Die Erfolge des französischen Heeres im Krimkrieg, die weiteren Erfolge im italienischen Kriege bei Magenta und Solferino hatten nicht wenig dazu beigetragen, den Kaiserthron zu befestigen und dem napoleonischen Herrscherhause die Sympathien des für Ehre und Waffenglorie so empfänglichen Volkes in erhöhtem Maße zuzuwenden.

Rasch entflammte und begeistert, wie das französische Volk es ist, läßt sich diese Begeisterung, welche weniger auf der Beurteilung des inneren Wertes, als wie auf bestechenden Aeußerlichkeiten beruht, ebenso rasch wieder ab, sobald einige Zeit verstrichen und diese Begeisterung schlägt ebenso rasch in das Gegenteil um, sobald nur einige Uefache zum Mißvergnügen vorhanden ist.

Nachdem die französische „gloire“ keine Gelegenheit mehr gehabt, sich in Kriegen im Auslande zu betätigen, nachdem Frankreich, wennschon mit Widerwillen, so doch dem eisernen Fuß gehorchend, 1864 und 1866 Gewehr bei Fuß hatte zusehen müssen, wie Deutschland immer mehr seiner Einigung entgegenschritt, hatte das französische Volk oder vielmehr jene aus den heterogenen Elementen zusammengesetzte Pariser Masse, welche von jeher die Geschichte des ganzen Landes zu bestimmen sich anmaßte, angefangen, sich eingehender mit den inneren Angelegenheiten zu beschäftigen. Und daß diese recht viel zu wünschen übrig ließen, daß jenes ehemals so pompös verkündete Maß von Freiheit längst in das Gegenteil verkehrt worden, ist bei einem Manne, der sich nur mit Gewalt des Thrones bemächtigt hatte, selbstverständlich, selbst wenn dieser Mann kein Bonaparte gewesen wäre. So hatte denn der kaiserliche Thron, der sich noch 1859 vermaß, über Krieg und Frieden in Europa zu bestimmen, längst aufgehört, ein bequemer Sitz zu sein. In der Thronrede des Jahres 1869 hatte Napoleon III. mit Stolz gesagt: „Wo ist die Regierung, welche Frankreich 17 Jahre der Ruhe und stets wachsenden Wohlfahrt gegeben hat.“ In Wirklichkeit konnte es für Frankreich nichts demüthigenderes geben, als eben diese Ruhe. Dieses selbe Jahr brachte schwere parlamentarische Kämpfe. Wieder und wieder verlangte Thiers die notwendigen Freiheiten, Wahlfreiheit, verantwortliche Minister, Mitwirkung des Landes. Frankreich darf nicht der Gefahr ausgesetzt sein, eines Morgens damit überrascht zu werden, daß seine Kinder Befehl erhalten, nach der Grenze zu marschieren“, eiferte der alte Herr, der einer der wenigen war, welche den Abgrund erkannten, an dem Frankreich stand. Das Jahr 1869 hatte Neuwahlen für die Deputirtenkammer gebracht und diese Wahlen waren nicht sonderlich geschickter Schachspieler auf dem politischen Schachbrett, wußte zu lauern, mußte sich jedoch schließlich zur Berufung eines parlamentarischen Ministeriums bequemen, an dessen Spitze der Führer der Mittelpartei, Emile Ollivier, trat.

Leichten Herzens, erfreut über die große Rolle, welche ihm zufiel, und um welche er schon längere Zeit geworden, auf eine nie schlende Rhetorik nach französischer Weise, wie auch auf das Bewußtsein eines guten Willens gestützt, übernahm dieser Politiker seine Aufgabe, — das Kunststück, eine konstitutionelle parlamentarische Regierung unter einem Bonaparte und bei einem Volke, wie die Franzosen, zu gründen. Mit sardonischen Worten und Versprechungen aller Art begann diese Regierung, aber auch mit unglücklichen Ereignissen, wie dem Falle des Prinzen Peter Bonaparte und Victor Noir und den scharfen Angriffen des unerbittlichen Rochefort. In der Kammer kam es fortgesetzt zu den allerunerquicklichsten Debatten, fortgesetzten scharfen Angriffen auf die Regierung, die sich nur mit Mühe von Fall zu Fall die Vertrauens-Vota erobern konnte. Wenn Graf

Daru, der besonnenste und achtungswertheste Mann der neuen Regierung sagte, daß „die politische Bühne kein Schauplatz für Effektsüde sei“, so war das an sich gewiß richtig, traf aber unglücklicher Weise für diese, die französische Bühne nicht mehr zu.

Kaiser Napoleon hatte die parlamentarische Komödie mit der unbefangenen Miene von der Welt mitgespielt. Inbezug die Sache wurde jetzt ernsthaft. Seine Macht war eine persönliche; sie beruhte auf der unmittelbaren Berührung mit der Masse des Volkes. Wenn sich zwischen diese und ihn der konstitutionelle Apparat schob und ihm die Minister auferlegte, ihm die Hände band, so war er verloren. Sein eigener Scharfsinn und seine geheimen Rathgeber gaben ihm den Meisterzug des Plebiszits ein, der Volksabstimmung, die sich für oder gegen den Kaiser erklären sollte. Ollivier legte sich mit aller Macht für Napoleon ins Zeug und da Napoleon selbst es nicht verschmähte, an jeden Wähler einen gleichlautenden gedruckten Brief zu senden, in welchen er ihn um sein „Ja“ ersuchte, war der Ausweg des Plebiszits: 7 350 000 Stimmen für, 1 538 000 gegen den Kaiser. Jetzt trat auch der bisherige Verstande in Wien, der Herzog von Gramont, der im späteren Kriege noch eine traurige Rolle spielte, an Stelle des Großen Daru, in das Ministerium des Aeußeren und Napoleon war wieder, wenigstens anscheinend, Herr der Lage.

Es seien an dieser Stelle zwei Männer Frankreichs einander gegenübergestellt, in denen sich der gute und der böse Geist des Landes charakterisirte. Letzterer in dem genannten Herzog von Gramont, der während seines mehrjährigen Aufenthaltes in Wien die deutschen Zustände und Stimmungen durch die trübe Atmosphäre der aristokratischen Hofkreise der Kaiserburg angeschaut und sich ein Abbild geschaffen, das der Wirklichkeit wenig entsprach. Ihm gegenüber war es der französische Militär-Bevollmächtigte in Berlin, Oberst Stoffel, der die kaiserliche Regierung vor einem Kriege warnte, indem er die Vorzüge der preussischen Heeresverfassung auf Klarheit darlegte und zugleich die Ueberzeugung aussprach, daß Graf Bismarck keinen Krieg beabsichtige, daß aber alles in Bereitschaft gesetzt sei, falls Preußen dazu gedrängt würde. In Paris fanden seine Berichte keinen Glauben und keine Beachtung. Nach der Versicherung des Kriegsministers Lebouef war man in Frankreich vollkommen bereit und gerüstet zu einem raschen Angriff, der eine ebenso rasche Entscheidung bringen würde.

Am 30. Juni 1870 ließ der Kaiser, der mit Vorschlägen allgemeiner Abrüstung und ähnlich sich den Schein der Friedensliebe zu geben bemühte, der Deputirtenkammer eine Vorlage zugehen, laut welcher anstatt 100 000 Mann des Heeres-Contingents nur 90 000 gefordert würden. In der aufregenden Debatte meinte ein Abgeordneter Garnier: „nehmen wir den Rhein, so werden wir bald 200 000 Mann weniger brauchen.“ Thiers aber trat für das untermirte Heeres-Contingent ein; 90 000 Mann sei das Mindeste, das nach Sadowa schlechthin Unentbehrliche. „Sadowa war für mich ein großer patriotischer Schmerz“, sagte er, „ein Unglück, das nicht wieder gutzumachen ist.“ Auch mit Süddeutschland machte sich der alte Parlamentarier zu schaffen, indem er, einer der ruhigsten und besonnensten aller Franzosen, scheinbar zum Frieden sprechen, doch unwillkürlich entbüllte, monach jedem Franzosen der Sinn stand: „Man fragte soeben, wem Süddeutschland gehöre? Ich antwortete: Dem Vorsichtigsten. Darum ist Bismarck friedlich und darum müssen auch wir es sein, um nicht den Süden in die Arme Preußens zu drängen.“

Und allem geht hervor, daß man in Frankreich an leitender Stelle, wie überhaupt in politischen-ernsthaften Kreisen bereits wieder auf dem althergebrachten Standpunkte angelangt war, daß nur ein Krieg die Unruhe und Aufregung im Innern, die der Dynastie und den Machthabern gefährlich zu werden anfing, abzuleiten imstande sei. Woher aber diesen Krieg nehmen! Selbst ein so vielgewandter Mann, wie Napoleon, durfte es nicht mehr in heutiger Zeit wagen, die frechen Räuberthaten eines Ludwig XIV. zu wiederholen. Daß man aber in Frankreich gewillt war, den geringsten Anlaß zum Kriege zu benutzen, am liebsten natürlich gegen Deutschland, dem man, wie angeedeutet, seine wachsende Machtstellung nicht verzeihen konnte, weil sie französischem Dünkel einer Beleidigung der „gloire“ Frankreichs gleichkam, das darf als ausgemacht gelten. Dennoch scheint es nicht, als ob Ollivier, der allmählich zum geschmeidigen Hühnerherabgesunken war und die Fühlung mit seinen ehemaligen parlamentarischen Freunden so ziemlich ver-

loren hatte, am 1. Juli 1870 mit seinem berühmten gewordenen Worte die Unwahrheit öffentlich sprach: „Ich erkläre, daß die Regierung keinerlei Besorgniß hegt, und daß zu keiner Zeit die Aufrechterhaltung des Friedens gesicherter war, als jetzt; wohin man blickt kann man nirgends eine Frage entdecken, die vielleicht Gefahren in sich tragen könnte.“ Die Politik, die neben ihm und hinter seinem Rücken gemacht wurde, scheint er nicht gekannt oder nicht verstanden zu haben; denn neben denen, welche durch einen Krieg die Befriedigung französischer Eitelkeit und damit Befestigung des kaiserlichen Thrones erhofften, gab es nicht wenige, welche durch dasselbe Mittel den Sturz des Kaisers und seines verhassten Regimes zu gewinnen suchten. Drei Tage nach jenem Friedenswort kam eine Nachricht aus Spanien, welche — an sich so gleichgültig wie möglich, als lediglich innere Angelegenheit eines Landes, das aber längst aufgehört hatte, auf das europäische Gesammtleben eine Wirkung auszuüben, — den Anlaß und Vorwand geben sollte zu einem Kriege der beispiellos in allen seinen Verhältnissen, vor allem beispiellos war durch das in aller Weltgeschichte unerbörte Uebenstück, mit dem er begann.

Die Handwerker-Konferenz in Berlin.

Das kommende Vierteljahr wird ein für die Zukunft des deutschen Handwerkes höchstbedeutendes, wenn nicht gar entscheidendes werden. Tragt auch dann nicht der Reichstag, der in allen gesetzgeberischen Fragen ein bestimmendes Wort zu sprechen hat, es soll dann doch ein erster Versuch gemacht werden, eine Verständigung zwischen den leitenden Gewalten und den Interessentengruppen über die notwendige Reform der Handwerker-Gesetzgebung herbeizuführen. Gelingt eine solche Verständigung, dann wird sie auch die Zustimmung der Reichstagsmehrheit zweifellos finden, die bereit ist, den heutigen unerquicklichen Verhältnissen ein Ende zu machen.

Die gewerblichen Verhältnisse im Handwerkerstand, wie im Kleingewerbe, sind infolge der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung in der That recht unerquickliche geworden; man kann wohl darüber streiten, wie diesem Zustande ein Ende gemacht werden soll, aber nicht darüber, daß dieser Zustand besteht. Die Gewerbefreiheit beseitigte s. Z. alte und beengende Schranken, die unter modernen Verhältnissen sich beim besten Willen nicht mehr aufrecht erhalten ließen, wenigstens nicht in der Form, wie sie lange Jahre bestanden hatten. Aber man hatte die künftige Entwicklung der Dinge augenscheinlich sich doch gar zu ideal gedacht; man gab vielen Kräften, die bis dahin brach gelegen hatten, die volle Freiheit ihrer Entwicklung, aber man gab auch einen Konkurrenzkampf von ungezügelter Erbitterung frei, in welchem Elemente heranwuchsen, deren Thun alles Andere eher war, als ideal. Damit haben wir zu rechnen, diese Verhältnisse können nicht mit Worten aus der Welt gebracht werden.

Eine gute Vorbereitung zur Gewerbe-Reform war der Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb, mit welchem man in den prinzipiellen Bestimmungen recht einverstanden war. Der Gesetzentwurf ist in der letzten Reichstags-session zur Erledigung nicht gekommen, wie denn überhaupt seit einer ganzen Reihe von Jahren die gewerblichen Gesetze, so wenige ihrer nur waren, das traurige Schicksal hatten, zu den unerblicklichen Sachen zu gehören. Es mögen darüber keine langen Worte mehr verloren werden; wenn man im Begriffe steht, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, soll man die einigenden Momente in Betracht ziehen, aber die trennenden bei Seite lassen. Der Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb muß jedenfalls so bald wieder auf der Bildfläche erscheinen, als dies nur zu ermöglichen ist. Ohne den auch keine nützliche Gewerbeordnungsreform!

Will man Frieden schließen, so soll man auf beiden Seiten etwas nachgeben. Dadurch wird am ersten etwas Positives erzielt. Die dornige Frage des Befähigungsnachweises ist am leichtesten zu lösen dadurch, daß eine bestimmte Frist als Gehilfe vorgeschrieben ist, nach deren Ablauf erst das Recht zu einer selbstständigen Eröffnung des Gewerbebetriebes erwächst. Der Gehilfe aber muß ein Attest über eine regelrecht beendete Lehrzeit aufzuweisen haben, deren Dauer privater Vereinbarung überlassen bleiben mag. Fähigkeiten und lokale Verhältnisse sind da so verschieden, daß hier nicht wohl gesetzliche Vorschriften gegeben werden können.

Rum flieht das Leben nicht so glatt dahin, daß eine gesetzliche Bestimmung, wie sie hier gedacht ist, ausnahmslos sich